Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

25. Sitzung
13. November 2023

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 12.34 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird durch Frau Senatorin Spranger (InnSport) und Herrn Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) vertreten. Ferner ist Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin), Herr Landesbranddirektor Dr. Homrighausen sowie Frau Kamp, Berliner Beauftragte für Informationsfreiheit und Datenschutz, anwesend.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorsitzende gestattet im Einvernehmen mit dem Ausschuss den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 der Anordnung der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 17. März 2023 (Hausordnung).

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass mit der Mitteilung zur Einladung vom 1. November 2023 die Mitglieder des Ausschusses für Digitalisierung und Datenschutz zu Punkt 2 a) bis 2 d) hinzugeladen wurden und gemäß § 25 Abs. 6, S. 3 GO Abghs an der Sitzung beratend teilnehmen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Frau Senatorin Spranger (InnSport) beantwortet gemeinsam mit Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) und Herrn Landesbranddirektor Dr. Homrighausen folgende vorab schriftlich eingereichte Fragen. Diese lauten:

– „Wie kann es sein, dass es wiederholt zu Sachbeschädigungen von Wahrzeichen der Stadt durch Klimaterroristen der sog. ‚Letzten Generation' gekommen ist und dies auch noch in unmittelbarer Nähe zur Polizeiwache Alexanderplatz?"
(AfD-Fraktion)

– „Warum weigert sich die Berliner Feuerwehr die Besetzung der Abteilungsleitung Einsatzvorbereitung Rettungsdienst trotz erfolgreich durchgeführten Auswahlverfahrens vorzunehmen, obwohl gerade jetzt die Nachbesetzung der relevanten Stellen im Bereich Rettungsdienst notwendig wäre?"
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

– „Hat der Senat eine Entscheidung getroffen oder berät er bis zum Sommer – gibt es einen Winterabschiebestopp?"
(Fraktion Die Linke)

– „Wie hat sich das Versammlungsgeschehen seit dem 7. Oktober 2023 entwickelt und inwiefern werden Demonstrationen verboten bzw. mit Auflagen versehen?"
(Fraktion der SPD)

– „Wie ist in Berlin die derzeitige Bedrohungslage für jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie für jüdische Einrichtungen zu bewerten?"
(Fraktion der CDU)

Punkt 2 der Tagesordnung

a)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1232 **Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften**	0131 InnSichO Haupt
b)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/0979 **Bericht des Senats gemäß § 21 Absatz 4 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz – ASOG Bln für das Jahr 2022** (auf Antrag der Fraktion Die Linke)	0101 InnSichO

c) Antrag der AfD-Fraktion 0109
Drucksache 19/1002 InnSichO
Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz – ASOG Bln)

d) Antrag der AfD-Fraktion 0114
Drucksache 19/1001 InnSichO(f)
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwG Bln) Recht*

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 2 d) die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz vorliegt. Darin empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD die Ablehnung des Antrags – Drs. 19/1001 –.

Des Weiteren liegt zu Punkt 2 d) die Stellungnahme der Senatsverwaltung vor, die den Mitgliedern des Ausschusses am 10. November 2023 per E-Mail übermittelt wurde.

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls. Des Weiteren beschließt der Ausschuss einvernehmlich die vorrangige Erstellung des Wortprotokolls bis zur Vorlage in der kommenden Sitzung am 27. November 2023.

Herr Abg. Dregger (CDU) und Herr Abg. Matz (SPD) begründen den Antrag zu Punkt 2 a) für die antragstellenden Koalitionsfraktionen der CDU und SPD.

Herr Abg. Schrader (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 b) für die antragstellende Fraktion.

Herr Abg. Woldeit (AfD) begründet die Anträge zu den Punkten 2 c) und 2 d) für die antragstellende Fraktion.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Prof. Dr. Hartmut Aden, Professur für Öffentliches Recht, Europarecht, Politik- und Verwaltungswissenschaft, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement, Forschungsinstitut für Öffentliche und Private Sicherheit (FÖPS Berlin),

- Herr Prof. Dr. Thomas Feltes, Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum und

- Herr Oliver Tölle, Rechtsanwalt.

Ferner nimmt Frau Kamp, Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Frau Senatorin Spranger (InnSport) gemeinsam mit Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) und Herrn Martin (Leitung der Arbeitsgruppe Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Versammlungsrecht, Waffenrecht, SenInnSport) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Aussprache beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 2 a) bis 2 d) der Tagesordnung auf die kommende Sitzung am 27. November 2023 zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1054 **Gerechte und rechtmäßige Entlohnung für Objektschützer*innen des Landes Berlin**	0118 InnSichO Haupt

Auf Vorschlag der Vorsitzenden beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 3 ebenfalls auf die kommende Sitzung am 27. November 2023 zu vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung

a)	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1169 **Sechzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin**	0126 InnSichO BildJugFam(f) Haupt Recht
b)	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1170 **Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes**	0127 InnSichO BildJugFam(f) Haupt Recht
c)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1176 **Demokratie bei Jugendlichen stärken I – Jugend-Demokratiefonds weiterentwickeln**	0121 InnSichO BildJugFam(f) Haupt Recht

d)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1177 **Demokratie bei Jugendlichen stärken II – Jugendlichen demokratische Vertreter und Institutionen nahebringen**	0122 InnSichO BildJugFam(f) Haupt Recht
e)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1178 **Demokratie bei Jugendlichen stärken III – Einführung und Umsetzung eines „Jugend-Checks" für Berlin**	0123 InnSichO BildJugFam(f) Haupt Recht
f)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1179 **Demokratie bei Jugendlichen stärken IV – Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen der Bezirke ausbauen**	0124 InnSichO BildJugFam(f) Haupt Recht

Auf eine Erläuterung der Vorlagen – zur Beschlussfassung – zu Punkt 4 a) und 4 b) wird durch den Senat verzichtet.

Auf eine Begründung der Anträge zu Punkt 4 c) bis 4 f) wird durch die antragstellenden Fraktionen ebenfalls verzichtet.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Senatorin Spranger (InnSport) gemeinsam mit Herrn Oestmann (Abteilungsleitung I, Staats- und Verwaltungsrecht, SenInnSport) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 4 a) der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die AfD-Fraktion, dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1169 – zu empfehlen.

Zu Punkt 4 b) der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die AfD-Fraktion, dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1170 – zu empfehlen.

Zu Punkt 4 c) der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Annahme des Antrags – Drucksache 19/1176 – zu empfehlen.

Zu Punkt 4 d) der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Annahme des Antrags – Drucksache 19/1177 – zu empfehlen.

Zu Punkt 4 e) der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke, dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Annahme des Antrags – Drucksache 19/1178 – zu empfehlen.

Zu Punkt 4 f) der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke, dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie die Annahme des Antrags – Drucksache 19/1179 – zu empfehlen.

Dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie wird zu Punkt 4 a) bis 4 f) jeweils eine entsprechende Stellungnahme zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (26.) Sitzung findet am 27. November 2023 um 9.00 Uhr in Raum 311 statt.

Die Vorsitzende Der Schriftführer

Melanie Kühnemann-Grunow Scott Körber